



Ein gemeinsames Projekt der
Luzerner Landzeitungen

«Dort begreift niemand unser Vorgehen»

STÄNDERAT Andrea Gmür (Mitte) stellt sich für eine weitere Legislatur als Ständerätin zur Verfügung. Im Interview spricht sie über das Verhalten der Schweiz im Ukraine-Krieg, über die Bildungssituation, aber auch über ein Problem, das ihr ganz speziell unter den Nägeln brennt.

von Ernesto Piazza

Andrea Gmür, rund eineinhalb Jahre dauert der Ukraine-Krieg bereits. In dem Zusammenhang sieht sich die Schweiz wegen ihrer Handhabung der Neutralität immer wieder unter Druck. Wie definieren Sie – auch als Vizepräsidentin der ständerätlichen Sicherheitskommission (SIK-S) – Neutralität?

Wir müssen unterscheiden zwischen Neutralitätsrecht und Neutralitätspolitik. Beim Ersteren werden unsere Rechte und Pflichten festgelegt. Die Neutralitätspolitik aber ist nicht an Rechtsnormen gebunden. Wir müssen sie in den Dienst der internationalen Solidarität und des Friedens stellen. Die Neutralität der Schweiz ist humanitär geprägt.

Wie beurteilen Sie mit Blick auf die neutralitätsrechtliche Sicht die Situation?

Neutralitätsrechtlich orientieren wir uns an der Haager-Konvention. Zu den wichtigsten Pflichten eines neutralen Staates gehören die Unverletzlichkeit des Staatsgebietes, die Nichtteilnahme an Kriegen oder auch das Gleichbehandlungsgebot von Kriegsparteien.

Jetzt gibt es diverse Stimmen – politisch vor allem von SVP-Seite – die mit der Handhabung der Neutralität wie sie der Bundesrat handhabt, Mühe bekunden. Haben Sie Verständnis dafür?

Die Neutralität hat sich in all den Jahren weiterentwickelt. Für mich heisst das: Neutral sein, bedeutet nicht, den Kopf in den Sand zu stecken und das Gefühl zu haben, die ganze Welt gehe einen nichts an.

Heisst das: Sie haben kein Verständnis dafür?

Wir haben einen Angriffskrieg von Russland auf die Ukraine. Er ist völkerrechtswidrig. Wenn wir nichts dagegen unternehmen, unterstützen wir Russland und sind so auch nicht neutral. Und auf Ihre Frage zurückzukommen: Nein, ich habe kein Verständnis dafür.

Stichwort Waffenlieferungen: Wie weit darf die Schweiz hier gehen?

Die Schweiz produziert Waffen, ja. Dabei geht es aber nicht darum, damit andere Länder – gerade Nationen, die sich im Krieg befinden – direkt zu beliefern. Das geht neutralitätsrechtlich nicht. Wir verfügen in erster Linie wegen unserer eigenen Sicherheit über eine Rüstungsindustrie. Die können wir nur am Laufen halten, wenn wir auch international liefern können. Längerfristig ist dies nur möglich, wenn wir ein glaubwürdiger Partner sind, auch im Kriegsfall.

Was heisst das für Sie bezüglich Waffenlieferungen in Kriegsländer?

Da bin ich dagegen. Allerdings gibt es im Parlament Vorstösse, die im Rahmen der Neutralität erlauben würden, Waf-



Ständerätin Andrea Gmür (hier an der Bundesfeier 2022 in Luzern). Foto Keystone

fen nach Deutschland, Dänemark oder Schweden zu liefern. Wir müssen deshalb das Kriegsmaterialgesetz ändern.

Würden Sie solche Lieferungen also unterstützen?

Ja. Die Schweiz muss international alles unternehmen, um zur Friedensförderung beizutragen und solidarisch zu sein. Zudem befinden wir uns im Herzen Europas und haben zwingend ein

kommt er auch von den USA. Als souveräner Staat, wie Sie betonen, dürfte man sich hier nicht vorgeben lassen, was man zu tun hat. Sehen Sie hier eine Gefahr?

Die USA sind sehr oft doppel-moral-mässig unterwegs. Da empfand ich das seinerzeitige Interview des amerikanischen Botschafters ebenfalls als Affront. Da müssen wir aber nicht beleidigt sein, sondern klar aufzeigen,

BIP betragen und damit bei jährlich rund sieben Milliarden Franken liegen, was etwa zwei Milliarden mehr wäre, als heute. Soll die Armee künftig von Sparübungen ausgenommen werden?

In den letzten Jahrzehnten sind die Militärausgaben in der Schweiz im Vergleich zu allen anderen Ausgaben nie gestiegen. Wir haben dringenden Nachholbedarf. Deutschland beispielsweise hat von einem Tag auf den andern 100 Milliarden und somit zwei Prozent des BIP bewilligt. So wie es jetzt bei dem von Frau Keller-Sutter eingeläuteten Sparprozess aussieht, will man das eine Prozent bis ins Jahr 2035 erreichen.

Gemäss Armeechef Thomas Süssli soll die Modernisierung der Armee jedoch über 40 Milliarden Franken für neue Panzer, neue Raketen oder neue Systeme zur Cyberabwehr kosten. Diverse Waffensysteme erreichen in den nächsten Jahren ihr Ablaufdatum. Dazu kommen Betriebskosten. Die Ausgaben dürften so auf rund 100 Milliarden steigen. Wie soll diese Summe bezahlt werden?

Indem wir in allen Bereichen das Wünschbare vom Machbaren trennen, das Ausgabenwachstum drosseln und jährlich im Rahmen der Budgetberatung darüber befinden, welche Mittel in welchem Umfang wo zum Einsatz kommen. Es gehört gerade in einer finanziell angespannten Situation zum politischen Prozess, ein Maximum zu fordern, um schlussendlich ein Optimum zu erhalten.

Ständerat Matthias Zopf (Grüne) hat den Vorstoss eingebracht, fünf Milliarden Franken in die Ukraine zu schieben. Verschiedene Finanzpolitiker haben dafür nur wenig

Verständnis, pochen auf eine Gegenfinanzierung. Diese dürfte hier kaum gegeben sein. Wie sehen Sie diese Idee?

Die Schweiz hat eine humanitäre Tradition und soll ihre soziale Verantwortung wahrnehmen. Ich will die Ukraine weiterhin unterstützen. Dabei können wir das aber nicht einfach auf Kosten anderer Länder tun. Wir haben in der ausserpolitischen Kommission beschlossen, diesen Vorstoss zu sistieren, bis die Botschaft über die internationale Zusammenarbeit vorliegt. Wir wollen eine Gesamtauslegeordnung machen und dann entscheiden. Man muss aber ehrlicherweise fragen: Wo soll dieser Betrag abgebucht werden?

Wo würden Sie ihn abbuchen?

Der Bundesrat hat eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen. Sie ist dabei, für den Wiederaufbau Vorschläge zu unterbreiten. Wenn man einfach so fünf Milliarden überweisen will, könnte man ja auch beantragen, die direkten Bundessteuern temporär zu erhöhen. Dann wäre ich aber gespannt, wer damit einverstanden ist.

In der nächsten Legislatur werden Sie Präsidentin der SIK-S. Wo setzen Sie Ihre Schwerpunkte?

Zuerst muss ich wieder gewählt werden, was ich natürlich hoffe. Dann wäre im Januar 2024 der Wechsel. Der Ukraine-Krieg wird uns weiterhin beschäftigen. Ich gehe auch davon aus, dass die ganzen Waffenlieferungen im Parlament ein Thema bleiben.

Wie stehen Sie zur ganzen Situation mit den Hooligans?

Die Fussball-Hooligan-Geschichten

«Ich bin ganz klar eine Verfechterin von Noten. Wir haben einen Leistungsgesellschaft und kommen irgendwann nicht daran vorbei, dass wir bewertet werden.»

Interesse daran, im Kriegsfall Teil des europäischen Schutzschirms zu sein.

Neben den Stimmen aus Brüssel, welche die Schweiz extrem unter Druck setzen, gibt es Stimmen in unserem Land, die befürchten, dass mit unserem Vorgehen auch unsere Souveränität beschnitten werden könnte. Wie stehen Sie dazu – gerade mit Blick auf einen jetzt oft geforderten NATO-Beitritt?

Dass die Souveränität beschnitten werden könnte, sehe ich überhaupt nicht. Ein NATO-Beitritt der Schweiz ist ebenfalls nicht möglich, eine Kooperation jedoch schon. Diese würde ich begrüßen. Sei es, indem wir an gemeinsamen Übungen teilnehmen, gerade jetzt, da die Schweiz den F-35A beschafft, den auch diverse andere europäische Länder besitzen. Hier kommen auch positive Signale von der NATO.

Neben dem Druck von der EU

was wir machen und wie wir es machen. Man darf aber nie vergessen: Es ist auch eine Machtdemonstration.

Wie beurteilt die NATO unser Verhalten?

Ich war Mitte November mit einer APK-Delegation in Berlin und im Januar mit einer SIK-Delegation bei der NATO in Brüssel. Dort begreift niemand unser Vorgehen. Zwar wird unsere Neutralität akzeptiert und die Schweiz wird geschätzt. Aber die Gründe für unser Verhalten versteht man nicht, was ich übrigens nachvollziehen kann.

Kriege wie der Ukraine-Konflikt kosten Milliarden. In der Schweiz muss Finanzministerin Karin Keller-Sutter den Rotstift bei den Bundesfinanzen ansetzen. Jetzt sollen die Militärausgaben spätestens 2030 mindestens ein Prozent des

Fortsetzung auf SEITE 19

Fortsetzung von SEITE 18

sind ein wichtiges Thema. Sie betreffen sicherheitspolitische Fragen in der ganzen Schweiz und somit Verbundaufgaben mit der Polizei zwischen Bund und Kantonen. Diesen Ausschreitungen möchte ich den Riegel schieben und fordere als eine von verschiedenen Massnahmen personalisierte Tickets.

Neben der SIK sind sie auch Mitglied der ständerätlichen Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK). Als Mitte-Politikerin und vierfache Mutter haben Sie die Diskussion zu den KITA-Geldern, die in der grossen Kammer geführt wurde, sicherlich auch verfolgt.

Für mich braucht es hier zwingend eine Lösung, da die familienexterne Kinderbetreuung in der Schweiz immer noch extrem teuer ist und sich die Erwerbstätigkeit für Mütter häufig kaum lohnt.

Werden Sie der familienergänzenden Kinderbetreuung ebenfalls zustimmen?

Ja. Ich werde mich auf jeden Fall für eine Lösung einsetzen. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist mir ein zentrales Anliegen. Wir haben einen Fachkräftemangel und es geht darum, dass beide Elternteile erwerbstätig sein können.

Wobei auch Mütter, die den Haushalt bestreiten und Kinder betreuen, ebenfalls arbeiten.

Selbstverständlich. Ich bin der Ansicht, das Familienmodell soll jeder Familie überlassen sein. Wir haben in der ständerätlichen Kommission beschlossen, ein weiteres Modell, das eine Erhöhung der Familienzulage beinhalten würde, zu prüfen. Davon könnten alle Familien profitieren – ungeachtet der Betreuungsform.

Wenn wir auf die Bildung schauen, taucht das Thema Notengebungen nun auch bei den Leitmedien auf. Es kommen Hilferufe von Lehrpersonen, die Stadt Luzern will die

Noten abschaffen, Ihre Partei, die Mitte, spricht sich jedoch für die Beibehaltung aus. Was sagen Sie dazu?

Die Noten muss man beibehalten. Sie sind klar und verständlich. Eltern und vor allem auch die Kinder sollen wissen, wo sie stehen. Wichtig ist für mich überdies, dass man die Lehrpersonen unterrichten lässt. Sie sind dermassen mit administrativen Aufgaben belastet, dass sie sich nicht mehr auf ihre Kernaufgaben fokussieren können.

Die Stadt Luzern will im Zusammenhang mit der Notengebungen einen sogenannten Kriterienraster einführen. Wird sich dieser durchsetzen?

«Die Swisscom zeigt sich als absolute Roseinenpickerin und will das Glasfasernetz nur dort ausbauen, wo sie richtig Kasse machen kann.»

Ich hoffe es nicht. Ich bin ganz klar eine Verfechterin von Noten. Wir haben eine Leistungsgesellschaft und kommen irgendwann nicht daran vorbei, dass wir bewertet werden. Ob es in der Oberstufe, in einer Lehre oder im Studium ist. Damit muss man auch lernen, umzugehen. Und wenn wir die PISA-Studien anschauen, schneiden wir nicht gut ab. Da müssen wir überlegen, woran das liegt.

Jetzt gibt es auch Stimmen, die sagen, der Lehrplan 21 sei ein Werk, das gnadenlos überfordere. Und sie in dem Zusammenhang für mehr Qualität statt Quantität plädieren. Wie beurteilen Sie diesen Sachverhalt – auch als ehemalige Lehrperson?

Ich war auch schon begeisterter vom Lehrplan 21 als heute. Speziell in der Stadt haben wir heterogene Klassen, die sehr herausfordernd sind. Auf Primarschulstufe gibt es teilweise sehr vie-

le Lehrpersonen, die in Kleinstpensen unterrichten. Da kann es für Primarschulkinder schon eine Überforderung sein, wenn sie fünf bis zehn Lehrpersonen haben. Wie da noch unzählige Kompetenzen vermittelt werden sollen, ist mir schleierhaft.

Zu den verschiedenen Fächern, die unterrichtet werden, zählen auch mehrere Fremdsprachen.

Auf der Primarstufe sollte in erster Linie Lesen, Rechnen und Schreiben gelehrt und gelernt werden. Ich habe zwei Fremdsprachen immer unterstützt. Mittlerweile muss ich mich aber fragen, ob das richtig ist. Denn es gibt diverse Studien, die belegen, dass Kinder, die in der Oberstufe mit Fremd-

sprachen beginnen, in kürzester Zeit dasselbe Niveau aufweisen, wie auf der Primarschulstufe.

Jetzt ist es auch so, dass gewisse Kinder bei ihren schulischen Fähigkeiten viel weiter sind als andere. Dieses Thema poppt ebenfalls immer wieder auf, gute Lösungen sind gefragt.

In der Zwischenzeit wurde auch die Begabtenförderung eingeführt. Das ist ein richtiger Weg. In der Tendenz habe ich aber den Eindruck, man investiert vor allem für die leistungsschwachen Kinder viel, und macht weniger für die starken Schüler. Begabtenförderung darf nicht zu kurz kommen und als elitär abgestempelt werden. Unser Land braucht innovative Köpfe, von deren Wissen wir alle profitieren können.

Bildung ist in erster Linie eine Aufgabe der Kantone. Wie weit soll der Bund hier mitwirken?

Bildung ist mit der ETH oder der Berufsbildung auch eine Verbundaufgabe. Wichtig ist, dass man eine gute Zusammenarbeit hat, den Kantonen aber ihre Freiheiten lässt. Als Ständerätin ist mir das föderalistische System wichtig. Aber mir ist auch wichtig, weil wir viel Geld für die Bildung ausgeben, dass diese Gelder an die richtigen Stellen kommen.

Homeschooling erfreut sich immer grosserer Beliebtheit. Da sind die Regelungen in den einzelnen Kantonen auch sehr unterschiedlich. Während beispielsweise der Aargau die Voraussetzungen für dort arbeitende Lehrpersonen weiter fasst, hat Luzern kürzlich diese Vorgaben verschärft. Wie stehen Sie zum Thema Homeschooling?

Ich bin eine klare Befürworterin des Volksschulsystems. Wir haben immer noch ein hervorragendes Bildungssystem. Wichtig ist auch die soziale Durchmischung. Wir haben je länger je mehr kleine oder Kleinstfamilien. Da sind soziale Kontakte für die Kinder wichtig. Der Unterricht ist das eine. Der Schulweg, wo sie mit «Gspänli» unterwegs sind und auch Verantwortung übernehmen müssen, das andere.

Wäre es für Sie also eine schlechte Entwicklung, wenn Homeschooling weiter zunehmen würde?

Ja, auf jeden Fall. Ich glaube, das Kind kann am meisten in einer guten Volksschule profitieren. Wo es mit völlig unterschiedlichen Kindern – auch aus anderen Kulturkreisen – zusammenkommt.

Sie vertreten als Ständerätin den Kanton Luzern. Gibt es ein Anliegen, das bei Ihnen aktuell vor allem unter den Nägeln brennt?

Ja, und wie! Im Moment stehe ich mit «Prioris» in engem Austausch. Es handelt sich dabei um 21 Gemeinden in der Region Luzern West. Sie wollen mit einem flächendeckenden Glasfasernetz ultraschnelles Internet in jeden Haushalt bringen. Auch die Landschaft soll digital optimal versorgt sein. Dies ist

eine wirkungsvolle Massnahme, um als Region attraktiv zu bleiben.

Wo liegen dabei die Knacknüsse?

Die Swisscom zeigt sich als absolute Rosinenpickerin und will das Glasfasernetz nur dort ausbauen, wo sie finanziell richtig Kasse machen kann – zum Beispiel in Willisau. Die Swisscom agiert als Spaltpilz, obwohl sie einen Service-public-Auftrag hat. So geht das nicht. Ich hoffe sehr, dass die Gemeinden solidarisch bleiben und sich nicht gegeneinander ausspielen lassen. Es ist ein Kampf zwischen David und Goliath; den Priorisgemeinden einerseits gegen die Swisscom andererseits.

Welche Ansätze sehen Sie – wer muss sich wie bewegen, sodass eine gute Lösung zustande kommt?

Ganz klar die Swisscom. Prioris hat sich immer wieder kompromissbereit gezeigt und der Swisscom neue Vorschläge unterbreitet. Das einzige Interesse der Swisscom scheint aber im eigenen Profit zu liegen. Das ist äusserst befremdend. Prioris ist nun auf dem besten Weg, sich mit einem ausländischen Partner zusammenzuschliessen, der verlässlich und fair ist.

Zur Person

Andrea Gmür ist 59-jährig und politisiert für die Mitte. Seit 2015 ist sie als Bundesparlamentarierin in Bern. Die ersten vier Jahre als Nationalrätin, aktuell als Ständerätin. Gmür stellt sich für eine weitere Legislatur zur Verfügung. Aktuell ist sie Vizepräsidentin der Sicherheitspolitischen Kommission (APK-S). Des Weiteren gehört sie als Mitglied der Aussenpolitischen Kommission (APK-S) und der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK-S) an.

Legislaturprogramm vorgelegt

KANTON Der Kanton Luzern soll die anstehenden Herausforderungen zur Steigerung des Gemeinwohls nutzen. Dies hat der Regierungsrat in seinem Legislaturprogramm festgeschrieben.

Seit dem 1. Juli ist der neu gewählte Regierungsrat – Reto Wyss und Michaela Tschuor von der Mitte, Armin Hartmann (SVP), Fabian Peter (FDP) und Ylfete Fanaj (SP) – im Amt. Am Dienstag stellte er die Kantonsstrategie und das damit verknüpfte Legislaturprogramm 2023 bis 2027 vor.

Die Ziele und Schwerpunkte der Exekutive seien keine grosse Sensation, sagte Regierungspräsident Fabian Peter (FDP) vor den Medien. Das Legislaturprogramm sei aber auch kein Papiertiger.

Kanton in Krisen auf Kurs gehalten

Peter wies darauf hin, dass im letzten Legislaturprogramm, das 2019 erstellt worden war, die Pandemie, der Krieg in Europa und die Energieknappheit kein Thema waren. Diese Krisen habe der Kanton aber nur ausstehen können, weil die Ziele im Legislaturprogramm gesteckt gewesen seien und den Kanton auf Kurs gehalten hätten.

Der Regierungsrat geht in seinem Legislaturprogramm davon aus, dass fünf übergeordnete Entwicklungen, nämlich die Globalisierung, die Ökologisierung, die Digitalisierung, der Gesellschaftswandel und die Urbanisierung, den Kanton stark prägen werden. Diese Megatrends mit ihren Chancen und Risiken liefen überall auf der Welt, sagte Peter. Es brauche aber zu deren Bewältigung regionale Ansätze.



Der Rittersche Palast in Luzern, in dem die Kantonsregierung ihren Sitz hat. (Archivaufnahme). Foto Keystone/Urs Flüeler

Chancen nutzen

Die Politik soll gemäss Legislaturprogramm dafür sorgen, dass der Kanton die Trends zur Steigerung des Gemeinwohls nutzen kann. Der Regierungsrat will so der Globalisierung gegenüber eine kritische und nüchterne Offenheit zeigen. Eine Abschottung wäre falsch, sagte Peter. Bei der Ökologisierung soll der Kanton Luzern für Nachhaltigkeit stehen, beim digitalen Wandel für Innovation. Beim gesellschaftlichen Wandel sei es wichtig, dass der Zusammenhalt im Auge behalten werde, sagte Peter. Zur Urbanisierung sagte er, diese solle so gestaltet werden, dass der Lebensraum attraktiver werde.

Mit UNO-Zielen verknüpft

Erstmals hat der Regierungsrat das Legislaturprogramm mit den mass-

gebenden Zielen verknüpft, welche die Schweiz mit der UNO-Agenda 2030 übernommen hat. Er erklärte zudem, dass die vier Planjahre im Zeichen unsicherer Finanzperspektiven stünden. Das Legislaturprogramm mit seinen 34 Zielen müsse deswegen jährlich justiert werden, sagte Peter. Es gebe immer wieder Unvorhergesehenes.

Lehren ziehen will der Regierungsrat aus den Krisen, welche die letzten vier Jahre prägten. Die Verwaltung solle zur Bewältigung neuer, nicht vorhersehbarer krisenhafter Ereignisse befähigt werden, heisst es im Legislaturprogramm.

Das Legislaturprogramm wird nun vom Kantonsrat behandelt. Er kann es mit Bemerkungen versehen und es zustimmend, neutral oder ablehnend zur Kenntnis nehmen. sda

Ertrag und Gewinn gesteigert

LUZERN Die Luzerner Kantonalbank (LUKB) hat im ersten Semester 2023 sowohl ihren Ertrag gesteigert als auch mehr Gewinn erzielt. Für das Gesamtjahr erhöht das Institut zudem den bisherigen Ausblick. Laut CEO Daniel Salzmann ist die Kantonalbank auf Kurs für ein «ausgezeichnetes» Jahresergebnis. Der Geschäftsertrag der LUKB wuchs um 6,5 Prozent auf 308,1

Millionen Franken, wie die Bank am Dienstag mitteilte. Beim Geschäftserfolg, dem Mass für die operative Leistung, steht ein Plus von 4,9 Prozent auf 146,5 Millionen. Unter dem Strich resultierte gar ein um 15,4 Prozent höherer Gewinn von 128,0 Millionen Franken. Anders als im Vorjahr wurde diesmal auf die Zuweisung an die Reserven für allgemeine Bankrisiken verzichtet. sda

Bauarbeiten für neuen Bushof starten im September

SURSEE Die Bauarbeiten für den neuen Bahnhofsplatz mit Bushof in Sursee werden am 18. September starten. Der Bau wird in drei Etappen erfolgen.

In einer ersten Etappe werde der Bushof realisiert, schrieb die Stadt Sursee in einer Mitteilung vom Dienstag. Dafür müsse der Verkehr ab Mitte Dezember für den motorisierten Individualverkehr gesperrt werden. Der Fuss- und Veloverkehr werde je nach Teiletappe durch die Baustelle geführt. Für die Pendlerinnen und Pendler werden provisorische Bushaltestellen gegenüber des Avec-Shops und auf dem Kiesparkplatz erstellt. Die Veloabstellplätze sowie einzelne P+R-Parkplätze der SBB werden auf das Therma-Areal verlegt. Ende 2024 soll der neue Bushof den Betrieb aufnehmen.

In der zweiten Etappe folgt der Bau der unterirdischen Velostation inklusive der Rampe in Richtung Leopold/Industriestrasse. Dafür sind Anfang 2025 bis Herbst 2025 umfangreichen Hoch-

und Tiefbauarbeiten nötig. Der öffentliche Verkehr wird in dieser Zeit über den neuen Bushof abgewickelt.

Bau dauert rund drei Jahre

In Etappe drei folgen die Abschlussarbeiten: der Bau der Zugangsrampe Bahnhofstrasse sowie Unter- und Oberbauarbeiten im Gebiet Leopold. Im Frühling/Sommer 2026 sollen die Deckbeläge eingebaut werden.

Die Bauarbeiten dauerten gut zweieinhalb Jahre. Der Stadtrat Sursee warnt vor Verkehrseinschränkungen sowie einer erhöhten Lärmbelastung im Bereich der Baustelle. Die Zug- und Busanschlüsse seien jedoch gewährleistet.

Beim Bahnhof Sursee handle es sich um den zweitwichtigsten Verkehrsknotenpunkt im Kanton Luzern, wie die Stadt Sursee in ihrer Mitteilung weiter schrieb. Bis zu 20000 Pendlerinnen und Pendler nutzten ihn täglich. Aufgrund der ausgeschöpften Kapazitäten stimmten die Surseer Bevölkerung 2022 dem Neubau des Bahnhofsplatzes für rund 24 Millionen Franken zu. sda